

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Jörg Kronauer
12.08.2021

Kabul in der Falle

US-Geheimdienste gehen von raschem Fall der afghanischen Hauptstadt aus. Berlin setzt Abschiebungen in das Land am Hindukusch zumindest vorläufig aus



Mohammad Asif Khan/REUTERS

*Kommen mit der Eroberung des Landes schneller voran als vom Westen erwartet:
Taliban-Kämpfer am Mittwoch in Farah*

Die afghanische Hauptstadt Kabul droht erheblich schneller als befürchtet an die Taliban zu fallen. Seien US-Geheimdienste noch im Juni von einer Galgenfrist von sechs bis zwölf Monaten ausgegangen, so gäben US-Militärs der Fünf-Millionen-Stadt mittlerweile allenfalls noch 90 Tage, berichtete am Dienstag (Ortszeit) die *Washington Post*. Manche befürchteten sogar, Kabul drohe schon innerhalb eines Monats erobert zu werden. Die Revision der Einschätzungen erfolgt unter dem Eindruck der jüngsten Kriegsereignisse. Seit Freitag ist es den Taliban gelungen, insgesamt neun der 34 Provinzhauptstädte zu erobern, darunter Pul-i-Khumri, das nur 200 Straßenkilometer vor der Hauptstadt liegt.

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

Den Taliban kommt mittlerweile zugute, dass ihnen zunehmend Waffen in die Hände fallen, mit denen der Westen in den vergangenen Jahren die afghanischen Streitkräfte aufgerüstet hat. Zudem kontrollieren sie inzwischen mindestens acht der 14 großen Grenzübergänge und damit auch die dort generierten Zolleinnahmen, die bislang zu den bedeutendsten Finanzquellen der Regierung in Kabul gehörten. Weil er keine Chance mehr sah, die staatlichen Geldflüsse aufrechtzuerhalten, trat der amtierende Finanzminister Khalid Payenda am Mittwoch zurück und floh aus dem Land. Dass die Taliban immer größere Abschnitte der Grenzen kontrollieren, nährt zudem Sorgen, Dschihadisten könnten künftig Gewalt in die zentralasiatischen Nachbarländer, nach Iran oder ins chinesische Xinjiang tragen.

Immer katastrophaler entwickelt sich die Lage der Zivilbevölkerung. Die Vereinten Nationen berichteten am Dienstag von mindestens 1.000 zivilen Todesopfern im vergangenen Monat. Allein in drei Tagen seien mindestens 27 Kinder zu Tode gekommen. Eine Viertelmillion Menschen sei, oft ohne Zugang zu Nahrung, auf der Flucht. Die Infrastruktur, darunter Krankenhäuser, stehe vor dem Zusammenbruch.

Das Weiße Haus reagiert mit Schulterzucken auf den Kollaps sämtlicher Strukturen, die die westlichen Besatzer am Hindukusch zwei Jahrzehnte lang aufzubauen versuchten. Man habe »20 Jahre lang mehr als eine Billion US-Dollar« für Afghanistan ausgegeben und die Streitkräfte des Landes »trainiert und ausgerüstet«, verkündete US-Präsident Joseph Biden am Dienstag. Jetzt müssten »Afghanistans Anführer« eben »zusammenstehen« und »für sich selbst kämpfen«. Bidens Sprecherin Jennifer Psaki bekräftigte, Kabul werde nun den »politischen Willen« aufbringen müssen, gegen die Taliban zurückzuschlagen.

Aus der EU wiederum war vor allem die Sorge zu hören, die Kriegseskalation könne dazu führen, dass mehr Afghanen nach Europa zu fliehen versuchten. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) und seine Amtskollegen aus fünf weiteren EU-Staaten forderten am Dienstag in einem gemeinsamen Schreiben, es müssten auch weiterhin Abschiebungen in das afghanische Kriegsgebiet stattfinden. Das sei wichtig, da sich sonst »noch mehr afghanische Bürger (...) in die EU« aufmachten. Erst nach Protesten setzte Seehofer die Abschiebungen am Mittwoch zumindest vorläufig aus.

Dafür wird sich die Bundesregierung wohl keine Gedanken mehr um afghanische Exmitarbeiter der Bundeswehr machen müssen, die an deren ehemaligem Standort in -

Masar-i-Scharif festsitzen: Die Eroberung von Pul-i-Khumri hat den Weg über Land von dort nach Kabul, wo die Einreisepapiere nach Deutschland beschafft werden müssen, endgültig versperrt. Die ehemaligen »Ortskräfte« haben faktisch keine Chance mehr, der Rache der Taliban zu entkommen.

Junge Welt 11.08.2021